

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 16.

Halle, Donnerstag den 9. Januar
Abend-Ausgabe.

1851.

Der Vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für unsere unmittelbaren Abnehmer 22½ Sgr., durch die resp. Post-Anstalten überall nur 26¼ Sgr.

Die auswärtigen Bestellungen auf unsere Zeitung erfordern wir bei den königlichen Postanstalten unter Angabe unseres Zeitungstitels

Hallischer Courier bei Schwetschke

zu machen und alle brieflichen und sonstigen schriftlichen Zusendungen von Bekanntmachungen ic. unter der Adresse:

An die Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke)

an uns gelangen lassen zu wollen.

Deutschland.

Berlin, d. 8. Jan. Auch die erste Kammer ist über die Adressangelegenheit zur einfachen Tagesordnung übergegangen.

Die Sitzung unter dem Präsidium des Grafen von Rittberg wurde um 10¼ Uhr eröffnet. Die Tribünen sind schon frühzeitig mit zahlreichen Zuhörern gefüllt; besonders ist die Loge der Abgeordneten der zweiten Kammer stark besetzt. Zu Anfang der Sitzung befindet sich auf der Ministerbank nur Herr v. Manteuffel. Später erscheinen die Herren Simons, v. d. Heydt, v. Rabe, v. Stockhausen, v. Westphalen.

Nach der Vorlesung des Protokolls und der Erledigung einiger unerheblichen Sachen kam zunächst die Interpellation des Abgeordneten von Ammon zur Verhandlung. Dieselbe lautet:

„Die Debatte über die an des Königs Majestät zu richtende Adresse erfordert als Grundlage eine offene Darlegung derjenigen Politik, welche das Ministerium seither befolgt hat. — Diese Darlegung ist um so notwendiger, als die erste Kammer bisher noch keine Kenntniss von dieser Politik erhalten hat, und als in den jüngsten Tagen beunruhigende Gerüchte über dieselbe entstanden sind, welche auf eine wesentliche Veränderung der Sachlage seit der Thronrede hindeuten und deren Aufklärung der Kammer eine Nichtscham für die Abfassung der Adresse und für die Präzisierung einzelner in dem Adressentwurf enthaltenen, auf ungewissen Unterstellungen beruhender Sätze geben kann.“

Aus diesen Gründen richte ich an das Staatsministerium das Ersuchen: der ersten Kammer eine vollständige Darlegung der seitler von der königlichen Regierung befolgten Politik zu geben und diejenigen Äußerungen mitzutheilen, welche über dieselbe gemacht worden sind.

Berlin, den 2. December 1850.
v. Ammon, als Interpellant. Laug, Bierher, von Dypen, Kamp, Striechhorst, Seeberts, Winter, v. Arnim, Camphausen, Frech, Karsten, Gräbner, Hanemann, Hoesling, Hoeninger, von Bernuth (Arnsberg), Mallindrodt, vom Rath, von Seydel, Grubis, Kister, Degenkolb, Dr. Schmittbender, von Simpfon, Brann, Maacke, Delius, Heffter, Goltammer, Derenthal, Kolbe, Caspar, von Bodum-Dolfs, Hermann, von Kipper, v. Noerne, Freicius, Barth, Diergardt, Fond, v. Kries, von Borch, Carl, Maquet, Baumgart.“

Der Minister-Präsident v. Manteuffel bittet den Herrn Interpellanten, es nicht als einen Mangel an Achtung zu deuten, wenn er die Beantwortung der Interpellation ablehne. Theils aber läge das Resultat jener Verhandlungen noch nicht genügend vollständig vor, theils ließen sich dieselben nicht ohne Schaden mittheilen. Auch sei die Interpellation sehr allgemein gestellt. „Es bedarf natürlich nicht der Erinnerung,“ schließt der Minister, „dass alle diejenigen Punkte, welche nach Art. 48 der Genehmigung der Kammer zu unterliegen haben, später mitgetheilt werden sollen.“

Hierauf folgte die Beratung über den Antrag des Abgeordneten Mäke (vergl. Nr. 12 d. Cour.) über den Staatshaushalts-Etat. Der Antragsteller zieht jedoch denselben zurück, indem er erklärt, dass erhebliche Zweifel gegen dessen Verfassungsmäßigkeit erhoben worden und er nicht wünsche, einen solchen Prinzipienkampf hervorzurufen.

Die Kammer geht hierauf zur Adressverhandlung über. Der Berichterstatter der Adresskommission, Abg. Brüggemann, verliest den Bericht: derselbe geht schliesslich dahin, dass die Kammer von einer Adresse Umgang nehmen möge. Es sind dazu vier Verbesserungsanträge gestellt worden; ein Verbesserungsantrag des Abgeordneten Stahl und Genossen:

„Die Kammer wolle beschließen: Bei der veränderten Sachlage geht die Kammer, der jetzigen Politik der Regierung vertrauend, zur Tages-Ordnung über.“

dann zwei Verbesserungsanträge, welche ohne weitere Motivirung die einfache Tagesordnung wollen, und endlich ein Antrag des Abgeordn. Baumstark und Genossen, welche eine Adresse an des Königs Majestät proponiren, an deren Schlusse es heisst:

„In gerechter Würdigung der Leistungen des Friedens hat ein eben so besonnenes als muthiges und wehrkräftiges Volk den Wunsch, das Ew. Majestät friedliche Beziehungen zu anderen Mächten nicht unterbrochen werden mögen. Es ist sich insbesondere der inhaltsschweren Bedeutung eines Kampfes wohl bewusst, der unter deutschen Bruderkämmen geführt wurde. Der Selbständigkeit, der Ehre, dem Rechte eines Volkes gegenüber ist jedoch der Friede nicht das höchste Gut. Für jene heiligen Güter fühlt Preußens Volk sich stark zum schwersten Kampfe. Es scharte sich mit freudiger Begeisterung um seines Königs fegge-wohnes Banner, und stand, wie einst, auf Seinen Ruf bereit, voll Gortvertrauen, hingebeud, muthig, treu. Wir beklagen es tief, das Ew. Majestät Minister im Angesichte dieses erhebenden Aufschwungs den Rath zur Annahme von Bedingungen ertheilen konnten, welche, ohne eine den getrahenen Opfern entsprechende volle Bürgschaft für die dauernde Erhaltung des Friedens zu gewähren, dem Ansehen des Staates tiefe Wunden geschlagen haben. Die Einwendungen der Regierung Ew. Majestät gegen das einseitige Einschreiten in Kurhessen und gegen das Vordringen einer fremden Armee zwischen unsere Landesgrenzen wurden zurückge-gangen. Unerschütterter Gewalt gegen ein, vergeblich seine verfassungsmässigen Rechte und Gesetze anerkennendes, Nachbarvolk, welches durch seine Interessen mit uns eng verbunden ist, wurde freie Bahn eröffnet, die Hüfte unseres Heeres gegen Waffenengenossen zugesagt, an deren Seite es vor Kurzem noch für ihre Rechte gekämpft hatte. Ew. Majestät sind entschlossen, die neue Gestaltung des deutschen Bundes als die dringende Aufgabe anzuerkennen. Diese Gestaltung kann nach dem von Ew. Majestät feierlich verkündeten Entschlusse, unbedenklich an der Verfassung festhalten zu wollen, nicht zur Herstellung eines Organs der Regierung mit legislativen Befugnissen führen. In Uebereinstimmung mit Ew. Majestät wollen auch wir an der Verfassung festhalten, in eine mittelbare oder unmittelbare Ueberstragung des Rechtes der Zustimmung der Kammer zu den Landesgesetzen nicht willigen, und ein Recht der Einnahme anderer Regierungen in unsere Verfassung Angelegenheiten nicht zugehen. Dies auszusprechen halten wir uns um so mehr für verpflichtet, als wir die schmerzliche Uebergangung hegen, das das Verfahren der Minister Ew. Majestät die Selbständigkeit Preußens und seine Verfassung gefährdet. C. Baumstark, v. Ammon, Degenkolb, Wittich, A. v. v. Arnim, Striechhorst, Dr. Schmittbender, Karsten, v. Bönne, Böcking, Febr, v. Rinke, v. Seydel, Straß, D. Herrmann, v. Franzius, Brohm, Hensch, v. Simpfon, Mallindrodt, Freicius, Dörweg, Winter, Caspar, Grubis, Camphausen, Köster, Hoeninger, v. Bodum-Dolfs, v. Dypen.“

Nach Vorlesung des Kommissionsberichts erhält zuerst der Abgeordnete Schnaase das Wort. Derselbe wünscht keine Adressdebatte, weil diplomatische Verhandlungen schweben und weil die politischen Verhältnisse in der Kammer sich schärfer äußern möchten, als den Verhältnissen zuträglich sei. Der Redner stimmt mit der Kommission nicht darüber überein, dass nicht jetzt schon sich die Resultate der Verhandlungen vorhersehen ließen. Diefelben erregten vielmehr jetzt schon die schwersten Besorgnisse. Er hält es daher für angemessen, diese Bedenken auszusprechen. Für den Fall, dass also die einfache Tagesordnung abgelehnt werde, behalte er sich weitere Anträge vor.

Abg. Camphausen (für eine Adresse): Ich bin nicht der Meinung, dass Adressdebatten vermieden werden müssen. Die dargelegte Politik bedarf einer Erwiderung. Viele Punkte sind dieselben geblieben, andere sind geändert. Wir theilen das Vertrauen jener Seite des Hauses nicht. Auch das Motiv der Regierung ist nie durchsichtiger erkennbar als jetzt. Die Politik der Regierung ist nie durchsichtiger gewesen als jetzt. Ueber das Ziel ist kein Zweifel: Es ist, dass der

Verfassung für Deutschland die preussische weichen muß. Das gegenwärtige Ministerium ist am wenigsten geeignet, auch wenn es wollte, ein solches Ziel zu verhindern. Ich gehe Preußens Verluste nicht durch; sie müßten aber dazu führen, daß man wenigstens das gute Recht festhalte. Preußen hat die Gefahren des drohenden Krieges nur durch Opfer, die noch lange werden gefühlt werden, überwunden. Die Gründe für den Krieg lagen in der Verfassung vom Mai, gegen die nicht bloß Württemberg und Baiern, sondern auch Frankreich und Rußland waren. Der Zwiespalt im preussischen Cabinet erhöhte die Keckheit der auswärtigen Mächte. Es hat ein Systemwechsel stattgefunden ohne einen Wechsel der Parteien. Den 2. November wurde die Mobilisirung abgelehnt, den 6ten beschloffen, den 26ten die Punktationen von Olmütz unterschrieben. Jetzt besteht in Europa nicht mehr die Furcht, Preußen werde für seine Politik das Schwert ziehen. Darin liegen zwei Befürchtungen: ein unwillkürlicher Krieg und ein unehrenvoller Frieden. In den Augen des Auslandes hat Preußen seine frühere Politik verlassen und man wird nicht glauben, daß es um eine Kleinigkeit, wie die Anerkennung der Bundesverfassung, viel Umstände machen werde. Ich muß auf die Verfassung vom Mai 1849 hinweisen. Hätte man das Parlament in Erfurt nicht berufen, so hätte ein Versprechen ohne Acceptation vorgelegen. Man berief die Vertreter des Volkes, das Versprechen war acceptirt. Im Fürstentag wurden die Verpflichtungen zwischen den verbündeten Regierungen gelöst. Wenn ein Minister einem einzelnen Mann ein Versprechen giebt und es nicht ausführt, so giebt er wenigstens Gründe an; dem Volke hat man keinen Grund der Nichterfüllung angegeben, was man hätte thun müssen, wäre es auch nur aus Rücksichten des Anstandes gewesen. (Ents. Weisfall.) Als zu Frankfurt der Reichsverweser gewählt wurde, blieb mindestens ein Zweifel darüber, ob außer der Nationalversammlung auch die Einstimmung aller Regierungen nothwendig sei; als die Nationalversammlung aufgelöst wurde, sagte Oesterreich, eine Uebereinstimmung der Regierung sei möglich, später wurde eine solche nicht mehr anerkannt. Dadurch, daß wir das Alte einfach zurückführen, ist nichts geschehen. Das Bundesrecht ist durch Thatsachen verändert, die Kriegsverfassung ist modificirt worden. Der Bundestag hat nur bestanden als ein Vertrag deutscher Fürsten in der Mitte der europäischen Staatenfamilie. Die alte Ansicht des österreichischen Cabinets über den Bundestag war, daß die andern gesetzgebenden Gewalten in Deutschland der des Bundes untergeordnet waren; eine spätere Ansicht ging dahin, daß der Kaiser sich nicht in die von demselben gefassten Beschlüsse zu fügen habe. Das Bundesrecht besteht nicht mehr in dem Umfang, in dem es vor 1848 bestanden hat. Was davon besteht, darüber walteten Zweifel ob. Die wechselnden Ansprüche der österreichischen Regierung über die Bundesverfassung sind nur der politischen Convenienz zuzuschreiben. Die österreichische Verfassung vom 4. März besteht noch, wenn sie auch nicht ausgeführt ist; das Verfahren Oesterreichs ist nur möglich, weil die Lüge alle Scham verloren hat. Bald ist man auf dem Punkte, zu den Völkern zu sagen: Werft euch nieder, oder wir werfen euch nieder. Das Bestehen der österreichischen Verfassung ist deshalb besonders wichtig, weil auch in Oesterreich ein Systemwechsel mit oder ohne Wechsel der Person eintreten kann. Die Befugnisse des Bundestages habe ich vor Ihnen schon früher einmal dargelegt und es bleibt kein Zweifel, daß er diese Befugnisse auch später ausüben wird. Daß die Verfassung Veränderungen erleidet, können wir uns gefallen lassen, aber daß sie aufgehoben wird durch ein Motiv, das zum Theil außer dem preussischen Staate liegt, können sich selbst die nicht gefallen lassen, die in ihr die bedeutendsten Mängel sehen. Es ist wohl nie so wenig Rücksicht auf unsere Neben genommen worden, als jetzt, doch will ich nicht die schwachen Seiten unserer politischen Lage hervorheben; der Weg, den man einschlägt, führt, wenn nicht zur wirklichen Mediation, so doch zum Aufgeben der wichtigen Stellung Preußens. Das Resultat wird freilich kein dauerndes sein. Aber würden Sie z. B. die Rheinprovinzen durch einen Frieden preisgeben, weil Sie sie wieder erobern können? In Betreff der Bundesverfassung will Oesterreich die Uebereinstimmung zur Veränderung, Preußen die Uebereinstimmung zur Restauration. Oesterreich hält das, was in der Bundesverfassung nicht geändert wird, für zu Recht bestehend. Der Bundestag in Frankfurt besteht neben Dresden und viele Staaten werden es vorsehen, in Frankfurt mit Stimmrecht, als in Dresden ohne dasselbe zu sitzen. Schon ist von einem Dualismus zweier Staaten in Deutschland nicht mehr die Rede, und noch einmal als Störer des Friedens bezeichnet, wird Preußen den Bund und das Bundesrecht anerkennen. Meines Erachtens giebt es jetzt in Preußen nur noch zwei Parteien; die eine will die preussische Verfassung erhalten sehen, ohne Einfluß des Auslandes, die andere will mit Hülfe des Auslandes die Verfassung vernichten. (Bravo und Bischen.)

Nächst dem sprach der Ministerpräsident v. Manteuffel, der Kriegsminister v. Stoltzhausen und der Abgeordn. Stahl für die neue Regierungspolitik, wogegen der Abgeordn. v. Ammon für die Baumfarkische Adresse das Wort nahm.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, obgleich der Abgeordnete Hansemann dagegen ist, weil er glaubt, daß bei fortgesetzter Diskussion der Widerspruch der preussischen Politik mehr hervortreten werde. Der Abgeordnete Wigleben gegen den Schluß.

Der Schluß wird angenommen und die Tagesordnung vom Hause in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 35 Stimmen beschloffen.

(Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.)

Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, d. 8. Jan. Es hat sich ergeben, daß sich das Bureau der zweiten Kammer bei der Auszählung der Stimmen in der Frage über den Uebergang zur einfachen Tagesordnung über die Adressdebatte um eine Stimme geirrt hat. Es haben nämlich nicht 147 gegen 141 Stimmen gestanden, sondern nur 146 bejahende gegen 142 verneinende. Zieht man von den bejahenden die Stimmen von 4 Ministern ab, so schwindet selbst diese geringe Majorität zu einer Stimmengleichheit zusammen. Unter den Bejahenden befinden sich gegen 20 Stimmen der Polen und Ultramontanen.

Die Staatsschulden-Kommission, die durch das Gesetz vom 24. Februar v. J. zur Revision der Rechnungen der Staatsschulden-Zilgungs-Kasse eingesetzt ist, hat sich nicht bloß mit Prüfung der Rechnungen für das Jahr 1850, sondern auch derer aus den Vorjahren beschäftigt. Es war vorher in der Kommission die Ansicht zur Erörterung gebracht worden, ob sie damit nicht ihre Kompetenz überschreite, indem sie dem Gesetz eine rückwirkende Kraft beilegt. Dieses ist jedoch, nachdem auch der Finanzminister, die Hauptverwaltung der Staatsschulden und die Ober-Rechnungskammer sich gegen jene Ansicht entschieden hatten, über das Bedenken hinweggegangen. Dasselbe Bedenken wurde hinsichtlich der von der Kommission gleichfalls vorgenommenen Prüfung der von der Kontrolle der Staatspapiere aufgestellten Rechnungen erhoben, da das Gesetz dieser Rechnungen nicht erwähnt. Die Kommission ist jedoch auch darüber hinweggegangen. Die Kammern werden nun eine authentische Interpretation des Gesetzes herbeiführen. Nach dem von der Kommission erstatteten Bericht sind gegenwärtig von den eingelösten Staatsschuld-Papieren: a) beim Stadtrichter deponirt 14,476,944 Thlr. 18½ Sgr., b) unter gemeinschaftlichem Verschluß der Staatsschulden-Kommission und der Hauptverwaltung der Staatsschulden 5,886,776 Thlr. 21 Sgr., c) noch nicht zur Realisation eingegangen 59,039 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. Der Betrag 1) der allgemeinen verzinslichen Staatsschuld belief sich am Schlusse des Jahres 1849: a) in Staatsschuldsscheinen auf 111,500,625 Thlr., b) in Anleihe von 1848 15 Millionen; 2) der provinziellen (Kriegsschulden der Kurmark und Neumark, Schulden des ehemaligen Freistaats Danzig, sächsischen Schulden etc.) zusammen auf 8,500,000 Thlr. Die gesammte verzinsliche Staatsschuld hatte Ende 1849 eine Höhe von 135,177,525 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf., die unverzinsliche eine Höhe von 11,242,347 Thlr. erreicht.

Die bei der Mobilmachung für Vergehen des Militärs publizirten Kriegsgesetze sind, in Folge der eingetretenen Demobilisirung, dahin gemildert, daß Vergehen in der Armee wieder wie in Friedenszeiten bestraft werden.

Dresden, d. 6. Jan. Gestern hat im Brühlischen Palais die erste Kommission der Konferenz (Bundesbehörde und Bundesgebiet, Vorfig Oesterreich) und heute die zweite Kommission (Wirkungskreis des obersten Bundesorgans und Beziehungen des Bundes und der Einzelstaaten zu einander, Vorfig Preußen) eine Sitzung abgehalten.

Dresden, d. 7. Jan. Gestern Abend war im Hotel des Ministers des Aeußern große Assemblée zu Ehren der Konferenzmitglieder, welche fast sämtlich erschienen waren. Vom königlichen Hause war Prinz Johann mit seinem Sohne, dem Prinzen Albert, gegenwärtig, welche sich sehr lebhaft mit den diplomatischen Notabilitäten unterhielten. Vorzugsweise schienen dieselben der Unterhaltung des Erstern ein sehr aufmerksames Ohr zu schenken. Als Fürst Schwarzenberg eintrat, sah man sehr deutlich, daß dieser als die Hauptperson in der Versammlung angesehen wurde. Es bildete sich alsbald ein dichter Bewillkommungsreis um ihn und Alle, die sich ihm begriffend nahen — auch die Prinzen —, schienen in ihm den Vertreter der unter Deutschlands Fürsten maßgebenden Macht zu huldigen.

Frankfurt a. M., d. 6. Jan. Während sich von einer gewissen Seite her Stimmen zu Gunsten einer Handelsvereinigung Deutschlands mit den weitläufigen Provinzen der österreichischen Monarchie jeden Tag lauter vernehmen lassen, wendet unser intelligenter Handelsstand, der doch auch ein Votum in der Sache abzugeben hat, desto sehnsüchtigere Blicke nach den deutschen noch nicht mit in dem Zollverein begriffenen Nord- und Mitteländern. Somit findet denn auch bei demselben das freilich noch unverbürgte Gerücht, es seien wegen ihres Beitritts zu diesem Vereine neuerdings Unterhandlungen zwischen Berlin und den resp. Regierungen, namentlich der Königl. hannoverschen angeknüpft worden und dormalen in einem Erfolg verheißenden Gang begriffen, vielfältig Eingang. Eines maßgebenden Urtheils in der Sache befähigte Handelsleute äußern sogar unvorhersehen die Meinung, daß in einer gewissen Eventualität, d. i. bei Ablauf des Zollvereinsvertrags den Beitritt jener Länder um den Preis des Abfalls süddeutscher Staaten zu erwerben, ihn nicht zu theuer bezahlen heiße. Sie geben dabei von der Annahme aus, daß der eventuelle Beitritt nur unter der Bedingung zu erlangen sei, daß gewisse Zollsätze des Vereinstarifs eine wesentliche Ermäßigung erfahren, wogegen bekanntlich gewisse süddeutsche Staaten auf deren Erhöhung dringen. (D. R.)

Kassel, d. 6. Januar. Die gestern hier eingerückten k. f. österreichischen Truppen marschiren morgen von hier über Münden weiter; heute halten dieselben hier Kasztag. Weitere 2500 Mann, worunter der Stab, treffen heute hier ein, um ebenfalls morgen ihren Marsch nach Hofstein fortzusetzen.

Kassel, d. 6. Jan. Die Bequartierungen haben jetzt gänzlich aufgehört und Exerzitionen sind jetzt nur noch gegen die Mitglieder

des Stadtraths im Gange. Die bisherigen Verhandlungen zwischen dem Stadtrathe und dem Grafen Leiningen sind noch immer ohne Erfolg geblieben, da der Graf neuerdings wieder das Verlangen einer unbedingten Unterwerfung gestellt haben soll. In Berücksichtigung dessen, daß drei Stadtrathsmitglieder verzeilt sind, hat Graf Leiningen den Termin zur Abgabe einer definitiven Erklärung bis zum Mittwoch Mittags 12 Uhr hinausgeschoben. Heute war bei Hofe große Cour. Es wurden dem Kurfürsten sämmtliche gestern hier angekommenen österreichischen Offiziere vorgestellt. Nachmittags zog der Kurfürst die Stabsoffiziere zur Tafel und diesen Abend waren mehrere derselben, unter andern Feldmarschalllieutenant Legebitsch im Theater in der Kurfürstlichen Loge, wofelbst sich auch General v. Peucker und Graf Leiningen befanden. Gegen Abend wurde der Laden des Buchhändlers Nabe, früheren Verlegers der „Hornisse“ militairisch besetzt und durchsucht. Werke revolutionären Inhalts sollen sich jedoch nicht vorgefunden haben. Gestern ist ein Theil des bairischen Stabes nach Baiern zurückgekehrt. Von Fulda und Hanau aus haben die Baiern bereits seit mehreren Tagen den Rückmarsch in die Heimath angetreten.

(D. R.)
Aus Hersfeld, Ziegenhain und Fulda wird von den fortwährenden Märschen der österreichischen Executionstruppen geschrieben. Durch Ziegenhain marschirten Ungarn, die man zur Pacification Schleswig-Holsteins bestimmt hat. In Fulda traf am 1. Jan. Erzherzog Leopold mit einem Bataillon Kaiserjäger und einem Bataillon des 44. k. l. Infanterie-Regiments Erzherzog Albrecht ein.

München, d. 3. Januar. Mit dem neuen Jahre haben die Rückmärsche der hiesigen Garnisons-Truppen ihr Ende erreicht, und dieselben sind mit Ausnahme der noch in Hanau stehenden zwei Bataillone des ersten Infanterie-Regiments und einiger in Franken gebliebenen Artillerie-Abtheilungen wieder hier casernirt. Nun ist auch der Befehl ergangen, daß die zweite Division des zweiten mobilen Armeecorps sich auflöse und ihre Mannschaft bis auf 25 Mann die Compagnie beurlaube.

Stuttgart, d. 6. Jan. Der aus den in Stuttgart anwesenden Mitgliedern, den Hh. Schöber, Rößinger, Stodmayer, Moritz Mohl, Feker, A. Seger und Tafel bestehende Ausschuss der am 6. Nov. v. J. aufgelösten Landesversammlung protestirt in einem dem neuesten Beobachter beigelegten, und wie es scheint, mit Beschlag belegten Druckblatte gegen die Press- und Steuerordnungen der Staatsregierung.

Samburg, d. 6. Januar. In Betreff der Pacification der Herzogthümer wird Dänemark, wie wir vernehmen, auf das Manifest und die Proclamation vom 14. Juli v. J. wesentliche Rücksicht nehmen, und verlangen, daß die Statthalterschaft ungesäumt abtrete; die Regierungen von Oesterreich und Preußen jedoch bestehen darauf, daß dieselbe noch so lange im Amte verbleibe, bis erst die nöthigen Anordnungen zur Pacification von ihr selbst getroffen seien.

Kiel, d. 7. Jan. Heute Mittag 1 Uhr wurde die Stadt durch Kanonenschüsse alarmirt, die eine große Menschenmenge nach dem Hafen lockten, von wo sie gehört wurden. Der Grund war die Ankunft des Marine-Lieutenants Sandergaard, welcher, bereits länger im Fehmarsch mit 2 Kanonenböten stationirt, es möglich gemacht hat, trotz der feindlichen Vigilanzschiffe hierher zu gelangen und so seine Böte in Sicherheit zu bringen. Er ist schon öfter rühmlich genannt.

Wien, d. 6. Jan. Nach einem Kriegsministerialgesetze vom 29. v. M. wird der Ankauf von Artillerie-Zug- und Reitpferden, ferner von ordinären Zug- und Packpferden eingefleht; der Ankauf von Kavallerie-Remonten aber wird noch einige Zeit fortgesetzt werden, um den Abgang bei der Armee zu decken.

Stalien.

Genua, Donnerstag, d. 2. Jan. Gestern fiel ein ernsthafter Tumult zwischen dem Volke und dem Militair in einer Hauptstraße vor. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Bewegung ist gedämpft, das Gerücht bereits eingeschritten.

Niederlande.

Saag, d. 5. Januar. Die Sendung der Herren Wilmar und Scherff (als Vertreter Luxemburgs und Limburgs) nach Dresden, wird zahlreiche Beschwerden zu Wege bringen. Viele Mitglieder der zweiten Kammer, wie mehrere große Zeitungen, legen dar, daß die Weigerung, an den Dresdener Konferenzen Theil zu nehmen, der wünschenswerthe Grund hätte werden können, sich allmählig von dem Bundestage loszusagen, was in Luxemburg und Limburg eifrig ersehnt wird. Mehrere Abgeordnete wollen deshalb das Ministerium des Auswärtigen zur Rede stellen.

Frankreich.

Paris, d. 6. Jan. Ein neues Ministerium ist noch nicht gebildet. Die in Circulation gesetzten Ministerlisten sind ohne Fundament. Es scheint, daß man den Departements Zeit lassen will, ihre Gesinnung den Thatsachen gegenüber an den Tag zu legen. Es bestätigt sich, daß Polizeipräsident Gariier seine Demission eingereicht hat, doch wird die Annahme derselben bezweifelt.

Großbritannien und Irland.

London, d. 4. Jan. Die Nachrichten aus Irland lauten sehr beunruhigend. Drohungen, Brandstiftungen, Mordthaten häufen sich auf schreckenerregende Weise. Armagh, Tipperary, Antrim, Londonderry sind die Centralpunkte der Bewegung. Zu den Qualen des Hungers kommt heuer noch der religiöse Fanatismus, von Anglicanern wie Katholiken gleich eifrig geschürt.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 8. bis 9. Januar.

Im Kronprinzen: Hr. Gustaf. Baron v. Brandt a. Schlessen. Die Hrn. Kauf. Ernst a. Leipzig, Wohler a. Darmstadt, Blank a. Hannover, Peters a. Hildesheim, Großkopf a. Hamburg.
Stadt Zürich: Hr. Dr. med. Löwenhardt a. Prenzlau. Die Hrn. Kauf. Keller a. Magdeburg, Herrmann a. Halberstadt, Hr. Gustaf. Naumann a. Nordhausen. Hr. Rent. Schmidt a. Hamburg.
Goldner Ring: Hr. Prebiger M. Kästner a. Bötzig. Hr. Kreis- u. Ger.-Sekr. Fromm a. Sorau. Die Hrn. Kauf. Bonkstädt a. Seehausen, Klingner a. Brandenburg. Hr. Mühlens. Jüng. a. Belling. Frau Dr. Apel a. Regau.
Stadt Hamburg: Hr. Rentmstr. Kühnas a. Bitterdeff. Die Hrn. Kauf. Jäncke a. Randeberg, Frisch a. Leipzig, Donath a. Lüben. Hr. Major a. D. v. Behenthal a. Berlin. Die Hrn. Lieut. Meißner a. Magdeburg, Gebler a. Erfurt.

Lutherische Gemeinde.

Sonntag den 12. Januar 9 Uhr Hr. Pastor Wolf von Magdeburg.

Bekanntmachungen.

Freiwillige Subhastation.

Das von dem Deconomen Johann Friedrich Pabst hier selbst hinterlassene, in hiesiger Saalgasse unter Nr. 409 belegene und im Hypothekenbuche über geschlossene Grundstücke der Stadt Merseburg unter Nr. 329 eingetragene brauberechtigte Wohnhaus mit Neben- und Hintergebäuden, Hof und Garten, ingleichen einer jetzt dazu gezogenen früheren Scheunenslätte, abgeschätzt zufolge der nebst den Verkaufsbedingungen in unserm Bureau IV. einzusehenden gerichtlichen Taxe auf 5873 \mathcal{R} 12 \mathcal{G} 6 \mathcal{L} , soll in dem auf

den 19. Februar 1851 Vormittags 10 Uhr

an Kreisgerichtsstelle anberaumten Termine meistbietend verkauft werden.

Merseburg, den 2. Januar 1851.

Königl. Kreisgericht, II. Abtheilung.

Mitterguts-Verkauf.

Ein sehr nettes lehnfreies Mittergut im Königreich Sachsen, mit 150 Morgen Feld und 40 Morgen Wiesen, guten massiven Gebäuden (Kuhstall gewölbt), steht für 24,000 \mathcal{R} mit 8000 \mathcal{R} Anzahlung zu verkaufen. Neulle Käufer wollen sich güttig an den beauftragten G. F. Schladik in Leipzig, Kopsplatz Nr. 10, wenden.

Verpachtungs-Anzeige.

Das in dem Dorfe Herrmannsdorfer unweit Nordhausen belegene Gräflich Stolberg-Rosslaische Kammergut, zu welchem außer den Bohn- und Wirtschaftsgebäuden, Hofraum und Garten, einschließlich der ehemals Knoblauch'schen Acker

224 $\frac{3}{4}$ Acker arthbares Land,

68 $\frac{3}{4}$ = Wiesenwachs,

1 = Gartenland,

die Schäfferei-Nutzung, und verschiedene Inventarien = Gegenstände an Vieh, Schiff und Geschirr gehören, soll am

24. Februar 1851 Vormittags 10 Uhr in unserm Sessions-Lokale auf den Zeitraum von Johanni 1851 bis dahin 1863 im Wege des Meistgebots verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen können vom 2. Januar 1851 ab jeden Vormittag, mit Ausnahme des Mittwochs und Sonnabends, in unser Registerat eingesehen werden. Auch sind wir bereit, solche gegen Entrichtung der Kopialien abschriftlich mitzutheilen.
Rosslau, am 9. December 1850.

Gräflich Stolberg-Rosslaische Rent-Kammer.
Bindewald.

Die Gebrüder König in Heigendorf bei Ulstedt sind gefonnen, ihr im genannten

Orte gelegenes Anspanngut, mit 76 Acker arthbarem Land, 3 $\frac{1}{2}$ Acker Wiese, 1 Acker Gemeinderechte — den 1. März 1851 Vormittags 9 Uhr — in dasiger Gemeindefestung meistbietend zu verkaufen. Kaufliebhaber werden dazu eingeladen.

Heigendorf, den 1. Januar 1851.

Die Gebrüder König.

Freiwilliger Verkauf

bei der Königl. Kreisgerichts-Commission zu Schkeuditz.

Die dem minderjährigen Johann Friedrich Wilhelm Raskch gehörige im Dorfe Wehlitz gelegene unter Nr. 20 Band II. des Hypothekenbuchs von Wehlitz eingetragene Hausbesitzung an Wohnhaus, Scheune, Hofraum, Garten, 79 \square Ruthen Feld, 54 \square Ruthen zweischürige Wiese, einer Pflanzenfabel, einem Communiwiesentheil und sonstigem Zubehör, abgeschätzt auf 229 \mathcal{R} 18 \mathcal{G} 9 \mathcal{L} , zufolge der nebst Hypothekenbuch und Kaufsbedingungen in der Registratur des Gerichts einzusehenden Taxe, soll

den zehnten Februar 1851 Vormittags 11 Uhr

an gewöhnlicher Gerichtsstelle freiwillig subhastirt werden.

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitrag für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 16.

Halle, Donnerstag den 9. Januar
Abend-Ausgabe.

1851.

Der Vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für unsere unmittelbaren Abnehmer 22½ Sgr., durch die resp. Post-Anstalten überall nur 26¼ Sgr.

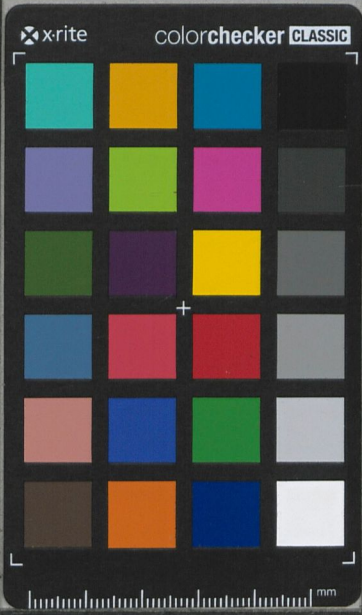
Die auswärtigen Bestellungen auf unsere Zeitung eruchen wir bei den königlichen Postanstalten unter Angabe unseres Zeitungstitels

Hallischer Courier bei Schwetschke

zu erhalten und alle brieflichen und sonstigen schriftlichen Zusendungen von Bekannmachungen u. unter der Adresse:

An die Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke)

zu gelangen lassen zu wollen.



ie Adress:

it tberg
rühzeitig
Abgeordn-
tung be-
päter er-
chhausen,

g einiger
geordne-

Adresse er-
welche das
weniger,
erhalten
selbe ente-
seit der
chnur für
n Adress-
Säge ge-

ersuchen:
niglichen
utheilen,

Kamp-
Karsten-
nsberg).
ob. Dr.
n. Gold-
ies. von

„Die Kammer wolle beschließen: Bei der veränderten Sachlage geht die Kammer, der jetzigen Politik der Regierung vertrauend, zur Tages-Ordnung über“;

dann zwei Verbesserungsanträge, welche ohne weitere Motivierung die einfache Tagesordnung wollen, und endlich ein Antrag des Abgeordneten Baumstark und Genossen, welche eine Adresse an des Königs Majestät proponiren, an deren Schlusse es heißt:

„In gerechter Würdigung der Segnungen des Friedens hegt ein eben so besonnenes als muthiges und wehrkräftiges Volk den Wunsch, daß Ew. Majestät friedliche Beziehungen zu anderen Mächten nicht unterbrochen werden mögen. Es ist sich insbesondere der inhaltsschweren Bedeutung eines Kampfes wohl bewußt, der unter deutschen Bruderkämmen geführt würde. Der Selbstständigkeit, der Ehre, dem Rechte eines Volkes gegenüber ist jedoch der Friede nicht das höchste Gut. Für jene heiligen Güter fühlt Preußens Volk sich stark zum schwersten Kampfe. Es schaarte sich mit freudiger Begeisterung um seines Königs siegeswohnes Banner, und stand, wie einst, auf Seinen Ruf bereit, voll Gortvertrauen, hingebend, muthig, treu. Wir beklagen es tief, daß Ew. Majestät Minister im Angesichte dieses erhebenden Aufschwungs den Rath zur Annahme von Bedingungen ertheilen konnten, welche, ohne eine den gebrauchten Opfern entsprechende volle Bürgschaft für die dauernde Erhaltung des Friedens zu gewähren, dem Ansehen des Staates tiefe Wunden geschlagen haben. Die Einwendungen der Regierung Ew. Majestät gegen das einseitige Einschreiten in Kurhesen und gegen das Vorrücken einer fremden Armee zwischen unsere Landesgrenzen wurden zurückgezogen. Unberechtigter Gewalt gegen ein, vergeblich seine verfassungsmäßigen Rechte und Gesetze anrufendes, Nachbarvolk, welches durch seine Interessen mit uns eng verbunden ist, wurde freie Bahn eröffnet, die Hälfte unseres Gebietes gegen Waffengenossen zugesagt, an deren Seite es vor Kurzem noch für ihre Rechte gekämpft hatte. Ew. Majestät sind entschlossen, die neue Schaltung des deutschen Bundes als die dringendste Aufgabe anzusehen. Diese Schaltung kann nach dem von Ew. Majestät feierlich verkündeten Entschlusse, und unverzüglich an der Verfassung festhalten zu wollen, nicht zur Herstellung eines Organs der Regierungen mit legislativen Befugnissen führen. In Uebereinstimmung mit Ew. Majestät wollen auch wir an der Verfassung festhalten, in eine mittelbare oder unmittelbare Uebertragung des Rechtes der Zustimmung der Kammer zu den Landesgesetzen nicht willigen, und ein Recht der Einmischung anderer Regierungen in unsere Verfassungsangelegenheiten nicht zugestehen. Dies auszusprechen halten wir uns um so mehr für verpflichtet, als nur die schwerliche Ueberzeugung gegen, daß das Verfahren der Minister Ew. Majestät die Selbstständigkeit Preußens und seine Verfassung gefährdet. G. Baumstark. v. Ammon. Degentz. Wittich. A. v. Arnim. Striecher. Dr. Schmitz. Karsten. v. Rinne. Böding. Febr. v. Binde. v. Sobel. Straß. D. Herrmann. v. Franzius. Strohn. Densche. v. Simpson. Wallindrodt. Friccius. Derweg. Winter. Caspar. Grubik. Camphausen. Köster. Bönninger. v. Bodum-Dolfs. v. Dppen.“

Nach Vorlesung des Kommissionsberichtes erhält zuerst der Abgeordnete Schnaase das Wort. Derselbe wünscht keine Adressdebatte, weil diplomatische Verhandlungen schweben und weil die politischen Gegenfälle in der Kammer sich schärfer äußern möchten, als den Verhältnissen zuträglich sei. Der Redner stimmt mit der Kommission nicht darüber überein, daß nicht jetzt schon sich die Resultate der Verhandlungen vorhersehen ließen. Diefelben erregten vielmehr jetzt schon die schwersten Besorgnisse. Er hält es daher für angemessen, diese Bedenken auszusprechen. Für den Fall, daß also die einfache Tagesordnung abgelehnt werde, behalte er sich weitere Anträge vor.

Abg. Camphausen (für eine Adresse): Ich bin nicht der Meinung, daß Adressdebatten vermieden werden müssen. Die dargelegte Politik bedarf einer Erwiderung. Viele Punkte sind dieselben geblieben, andere sind geändert. Wir theilen das Vertrauen jener Seite des Hauses nicht. Auch das Motiv der schwebenden Verhandlungen erkenne ich nicht an. Die Politik der Regierung ist nie durchsichtiger gewesen als jetzt. Ueber das Ziel ist kein Zweifel: Es ist, daß der

antant, es nicht als einen Mangel an Achtung zu deuten, wenn Beantwortung der Interpellation ablehne. Theils aber läge Resultat jener Verhandlungen noch nicht genügend vollständig vor, ließen sich dieselben nicht ohne Schaden mittheilen. Auch sei Interpellation sehr allgemein gestellt. „Es bedarf natürlich keiner Erinnerung,“ schließt der Minister, „daß alle diejenigen Punkte, nach Art. 48 der Genehmigung der Kammer zu unterliegen, später mitgetheilt werden sollen.“

Hierauf folgte die Berathung über den Antrag des Abgeordneten Fe (vergl. Nr. 12 d. Cour.) über den Staatshaushalts-Etat. Antragsteller zieht jedoch denselben zurück, indem er erklärt, daß die Zweifel gegen dessen Verfassungsmäßigkeit erhoben worden nicht wünsche, einen solchen Prinzipienkampf hervorzurufen. Die Kammer geht hierauf zur Adressverhandlung über. Der Betrüger der Adresskommission, Abg. Brüggemann, verliest den Entwurf: derselbe geht schließlich dahin, daß die Kammer von der Adresse Umgang nehmen möge. Es sind dazu vier Verbesserungsanträge gestellt worden; ein Verbesserungsantrag des Abgeordneten Stahl und Genossen:

